

## **Zivilgesellschaftliche Partizipation – Neue Wege des politischen Engagements BürgerInnenbeteiligungsverfahren als Ausdruck direkter Demokratie**

von Dr. Monika Vana, Gemeinderätin Wien, Vorsitzende Arbeitskreis 4

Die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Bedarf nach mehr Direkter Demokratie sind derzeit europaweit Thema. Nicht zuletzt die jüngsten Beschlüsse über die künftige wirtschaftspolitische Steuerung der EU ("Europäischer Stabilitätsmechanismus") sowie den Fiskalpakt haben das Demokratiedefizit der EU offensichtlich gemacht: das Europaparlament - ohnedies noch mit mangelnden Rechten wie fehlendes Initiativrecht ausgestattet - wird bei wesentlichen Beschlüssen umgangen.

### ***Das Demokratiedefizit der EU gefährdet das Projekt Europa***

Die BürgerInnen Europas haben nicht das Gefühl, EU-Politik mitbestimmen zu können, sondern erleben die EU als verlängerten Arm einer neoliberal geprägten Globalisierung - nicht als Instrument, diese zu gestalten. Dieses Ohnmachtsgefühl vieler Menschen gegenüber der EU drückt sich aus in einer immer stärker werdenden Europaskepsis breiter Teile der Bevölkerung - einer Bevölkerung, die die Idee eines Vereinten Europa gerade in Zeiten der Krise nicht nur mit-tragen sondern auch mit-bestimmen sollte.

Von der Idee des Europäischen Verfassungskonvents, europaweite Volksabstimmungen einzuführen und damit die direkte Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie wesentlich zu stärken, ist man heute meilenweit entfernt. Neue u.a. durch Druck von NGOs und Gewerkschaften mühsam erkämpfte Instrumente wie die Europäische BürgerInneninitiative - die mit einer Mindestzahl von 1 Million Unterschriften aus mindestens 7 Ländern die Kommission auffordern kann in ihrem Wirkungsbereich tätig zu werden - stecken erst in den Kinderschuhen, geben allerdings Anlass zur Hoffnung.

### ***Städte als Brennpunkte demokratischer Entwicklungen***

Brennpunkte demokratischer Entwicklungen in Europa sind von jeher die Städte und urbanen Räume. Europapolitik ist Kommunalpolitik und umgekehrt. In den Städten fokussieren sich die Probleme der Zeit: von steigender Arbeitslosigkeit über die Sicherung der Umweltqualität bis zu Integrationsproblemen. Städte brauchen künftig mehr Mitbestimmung in der EU zur Bewältigung ihrer Aufgaben für die BürgerInnen wie beispielsweise die Sicherung der Daseinsvorsorge. Aber auch Europas BürgerInnen brauchen mehr Mitbestimmung: Ohne die Stärkung der Direkten Demokratie und mehr Beteiligung der BürgerInnen an ihrem unmittelbaren Lebensbereich droht auch die repräsentative Demokratie nicht nur an ihre Grenzen zu stoßen, sondern überhaupt in Frage gestellt zu werden - das zeigen eindrucksvoll die erfolgreichen neuen (z.T. auch partei)politischen Bewegungen wie Piraten, Occupy Movement, "Mehr Demokratie" und andere. Selbst sogenannte "Spaßparteien" ohne ernsthaftes Programm erzielen auf kommunaler Ebene erstaunliche Ergebnisse – Hauptsache, die BürgerInnen können es "denen da oben" zeigen. Vor diesem Hintergrund ist auch der starke Zulauf zu Europaskeptischen und nationalen rechten Parteien zu sehen.

### ***Europas BürgerInnen brauchen mehr Mitbestimmung***

Wenn wir von BürgerInnenbeteiligung und Modellen zivilgesellschaftlicher Partizipation sprechen, müssen wir als StädtepolitikerInnen unseren Blick daher nicht nur über den

eigenen städtischen Tellerrand hinaus richten und uns mit globalen Trends auseinandersetzen, sondern die unterschiedlichen Modelle zivilgesellschaftlichen Engagements, die in Europa zur Zeit bereits praktiziert, teils aber erst entwickelt werden, studieren und diskutieren: von BürgerInnenhaushalten über BürgerInnenforen bis zu lokalen Referenden.

### ***Direkte Demokratie: Ergänzung oder Gefährdung der repräsentativen Demokratie?***

Wir müssen die Begrifflichkeiten klären: Was bedeutet BürgerInnenbeteiligung konkret? Ist es nur die Häufigkeit von Abstimmungen (Bsp. Schweiz) oder die größere Zahl der Beteiligten - also eine Frage der Mitbestimmung? Oder umfasst echte BürgerInnen*beteiligung* nicht auch ein Bekenntnis zur stückweisen Selbstbestimmung der Menschen jenseits der Parlamente, die umfassende Teilhabemöglichkeit an demokratischen Prozessen für ALLE - und letztendlich auch verbindliche Entscheidungen GEGEN parlamentarische Mehrheiten? Wen meinen wir, wenn wir von "BürgerInnen" sprechen" (Stichwort MigrantInnen)? Und WER ist Zivilgesellschaft und kann daran teilhaben? - Stichwort: NGOs und die Problematik der zwangsläufigen (?) Verschränkung mit dem politischen Establishment; aber auch soziale, genderspezifische u.a. Barrieren der Informations- und damit Teilhabemöglichkeit an zeitaufwendigen demokratischen Prozessen.

Mit diesen Fragen und aktuellen Beispielen von BürgerInnenbeteiligung aus Österreich und Europa soll sich der *Arbeitskreis 4 Zivilgesellschaftliche Partizipation – Neue Wege des politischen Engagements* am diesjährigen Städtetag befassen.

### **Einige Beispiele von BürgerInnenbeteiligungsverfahren aus Wien:**

#### ***Implementierung demokratischer Prozesse auf Bezirksebene – Die "Lokale Agenda 21":***

Mit der auf dem 1992 von der UNO in Rio beschlossenen Handlungsprogramm „Agenda 21“ für nachhaltige Entwicklung aufbauenden „Lokalen Agenda 21“ verpflichtete sich Wien 1996 zur Umsetzung von Lokalen BürgerInnenbeteiligungs-Prozessen. Ausgehend vom Bezirk Alsergrund beteiligten sich zahlreiche Bezirke und Agendagruppen aktiv mit der Gestaltung ihrer Umgebung – von der Förderung des Radverkehrs und sanfter Mobilitätsformen über interkulturelles Zusammenleben und Schaffung von Nachbarschaftsgärten bis zur Aufarbeitung der Geschichte eines "Grätzls".

#### ***Einbindung der NutzerInnen – Bsp. Weghuberpark:***

Bei der Neu-Gestaltung des Weghuberparks im 7. Bezirk Neubau wurden Betroffene 2005 konkret eingebunden. Gemeinsam mit LandschaftsplanerInnen haben Jugendliche, ältere Menschen, HundebesitzerInnen u.v.a. ihre Bedürfnisse formuliert, und so dazu beigetragen, dass von den Kinderspielgeräten über einen Streetball-Käfig mit Flutlicht bis zu einem Biotop und zu Ruhebereichen, Sitzgelegenheiten, Hundezonen oder einer öffentlichen WC-Anlage Alle auf ihre Rechnung kommen. Nach diesem Beispiel wurden seither zahlreiche weitere Parks und Kinderspielplätze gestaltet.

#### ***BürgerInnenbefragungen – Bsp. Bacherpark:***

Als Symbol für einen demokratischen Durchbruch steht der Bacherpark im 5. Bezirk. Gegen ein umstrittenes Tiefgaragenprojekt (sog. "Volksgarage"), für das auch zahlreiche Bäume gefällt werden sollten, entwickelte sich im Winter 2005/06 eine Besetzung mit Zelten, ganz nach dem Vorbild der Besetzung der Hainburger Au vom Dezember 1984. Ein Baustopp wurde erreicht, und im März 2006 setzten AnrainerInnen und Bürgerinitiative

ein Mediationsverfahren durch, bei dem ein Vertrag unterzeichnet wurde, nach dem eine BürgerInnenbefragung abgehalten und der Garagenbau klar abgelehnt wurde - und solche Befragungen danach bei ähnlichen Projekten zum Standard wurden.

**"Wiener Charta des Zusammenlebens":**

Die im November 2010 gebildete rot-grüne Stadtregierung Wiens hat in ihrem Koalitionsübereinkommen die Erarbeitung einer "Wiener Charta des Zusammenlebens" als eines ihrer zentralen Vorhaben festgelegt. Das Ziel ist, Grundsätze und Spielregeln für ein gutes Zusammenleben zu erarbeiten, wobei die WienerInnen die Themen selbst bestimmen und die Charta in Diskussionen aktiv mitgestalten. In moderierten Charta-Gesprächen, die BürgerInnen organisieren können, wird eine breite Themenpalette (auch online) diskutiert: Verhalten im Straßenverkehr und in den Öffis, Umgangsformen im Alltag und im öffentlichen Raum, Integration und Sprache, Konflikte zwischen Jung und Alt, Sauberkeit in der Stadt, Genderfragen u.a. Am Ende des Beteiligungsprozesses steht eine selbstständige und freiwillige Vereinbarung über die Regeln des Zusammenlebens und für einen guten, fairen und respektvollen Umgang miteinander.

In Planung für 2012 sind ua ein „Handbuch zur Partizipation“ für die öffentliche Verwaltung mit Tools zur Umsetzung des Leitgedankens Partizipation für Dienststellen sowie ein „Wiener Europadialog“ mit Einbindung der Zivilgesellschaft gemäss rot-grünem Regierungsübereinkommen.

Dr. Monika Vana Gemeinderätin/city councillor [www.wien.gruene.at](http://www.wien.gruene.at)  
<http://monikavana.wordpress.com> EGP committee ([www.europeangreens.eu](http://www.europeangreens.eu))  
tel.: +43-1-4000-81808 fax: +43-1-4000-11-81811